

A N F R A G E N an den Bürgermeister

1) Sozialraummanagement

GR. **Pogner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Probleme im Jugendsektor werden täglich in den Medien erörtert. Ob Drogen, Alkohol oder das Suchtverhalten der Jugendlichen im Allgemeinen wird in letzter Zeit der Bevölkerung immer deutlicher vor Augen geführt.

Die politische Referentin, von der man/frau sich eine Aussage erwartet, hat sich bereits in die politische Pension verabschiedet und schweigt beharrlich.

Dafür wurde mit Nachdruck an einem anderen Projekt gearbeitet, das den Unmut aller Betroffenen mit Ausnahme der Amtsleitung und der politisch Verantwortlichen mit sich brachte.

Unter dem Titel „Sozialraumorientierung“ wurde mit deutscher Unterstützung – zugegeben ein anerkannter Fachmann – ein Konzept erarbeitet, das in Fachkreisen als „Stuttgarter Modell“ bekannt ist. Nun soll dieses Modell in Graz umgesetzt werden.

Zur Zeit scheint es aber, dass diese Umsetzung völlig an der Praxis vorbei geht. Bedienstete haben ihre Bedenken geäußert, dass sie nicht mehr gesetzeskonform arbeiten können. Ein Zeichen für die nunmehrige Unzufriedenheit ist, dass bereits Versetzungsansuchen laufen und betroffene Bedienstete auch schon definitiv die Abteilung verlassen.

Um für Graz eine nachhaltige Effizienz zu erhalten, wäre es sinnvoll, wenn dieses Konzept so fertig ausgearbeitet werden würde, dass es auch von den beamteten Fachkräften mitgetragen werden kann.

Die Ausrichtung der Stadt kann doch nur sein, dass das Beste für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie auch für die MitarbeiterInnen getan wird und daher

richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, mit der zuständigen Stadtsenatsreferentin Kontakt aufzunehmen, damit die Umsetzung der Sozialraumorientierung in einer Form durchgeführt wird, bis eine sinnvolle Einigung mit allen betroffenen Beteiligten erzielt werden kann (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm.-Stv. **Ferk** zur Geschäftsordnung: Meine Damen und Herren! Eigentlich möchte ich dem jungen Kollegen Gemeinderat Pogner nur schon etwas ins Stammbuch schreiben, ich weise eindeutig zurück, die Frau Stadträtin hat sich in die Pension verabschiedet, das ist eine Abqualifizierung einer Stadtsenatsreferentin, das ist diesem Haus nicht würdig. Ich weise das von unserer Seite eindeutig zurück (*Applaus SPÖ*).

2) Kostenloser, kabelloser Internetzugang auf öffentlichen Plätzen – WLAN

GR. **Hohensinner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hohensinner**: Das Internet begleitet uns heutzutage sowohl im beruflichen als auch im privaten Leben. Einige europäische Städte setzten auf den Ausbau von kostenlosem kabellosem Internetzugang auf öffentlichen Flächen. Ziel ist es, W-LAN Oasen zu schaffen, die Infrastruktur um eine neue Dienstleistungsqualität für

BürgerInnen und die Wirtschaft zu bereichern und optimale Voraussetzungen für mobiles Arbeiten im Stadtgebiet zu setzen.

Gesundheitlich gibt es keine Bedenken: WLAN hat lediglich ein 20stel der Strahlung eines üblichen Mobiltelefons und kommt genauso auch in Krankenhäusern zur Anwendung.

Die Kosten pro „Hotspot“ (Sendestation) liegen bei zirka 400 Euro zuzüglich Betriebskosten.

Mit Hilfe der Stadtwerke Tochter Citycom konnte diesen April am Karmeliterplatz das erste W-LAN Pilotprojekt gestartet werden. Schon in den ersten zwei Wochen registrierte die Citycom über 60.000 Zugriffe auf das kabellose Internet.

Die Grazer Bevölkerung hat diesen Versuch eindrucksvoll angenommen und scheint bereit für die Erschließung der anderen öffentlichen Plätze durch W-LAN.

Bei einer Finanzierung ist auch darauf zu achten, dass über die Startseite die Möglichkeit von Werbeeinschaltungen besteht. Somit würden sich die Betreiberkosten in Grenzen halten.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e:

ob du bereit bist, die zuständigen Magistratsabteilungen zu beauftragen um die schrittweise Umsetzung bzw. den Ausbau des neuen Infrastrukturmediums W-Lan auf öffentlichen Plätzen zu forcieren?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Danke für dein Engagement für die Technik in Graz, die sollte man dringend verfolgen und sollte auch schauen, dass wir

im dritten Jahrtausend mit einer solchen Technik dabei sind. Viele junge Menschen, aber auch viele Senioren, wünschen sich eine solche Technik. Ich habe deine Initiative gerne aufgegriffen, danke auch für den Probelauf am Karmeliterplatz und habe unsere EDV-Abteilung beauftragt, weitere Schritte einzuleiten. Der Dipl.-Ing. Steinbrucker, der uns bei dem Thema E-Government schon sehr erfolgreich an die Spitze der europäischen Städte gehievt hat, verweise nur darauf, wir durften als einzige Stadt beim Vorsitz Österreichs in der Europäischen Union auch über unser E-Government berichten, wird ab Herbst, ab September einen Pilotversuch am Grazer Hauptplatz für fünf Monate starten, dessen Akzeptanz wir natürlich evaluieren werden. In der Testphase wird das bestehende Material des E-Governments verwendet, es entstehen daher keine Kosten, wir können es dann auch ausprobieren. Auch alle, die Sorgen haben, dass wir jetzt dann neben den Handys jetzt noch einmal etwas Gesundheitsschädigendes in der Luft haben, sei nur darauf hingewiesen, dass auch die Spitäler diese Technik verwenden und brauchen, weil es um eine 57 % geringere Belastung als bei Handys ausgehen kann. Ich gehe davon aus, dass jedenfalls Plätze wie rund um die Universität, am Hauptbahnhof, Stadtpark etc. zu solchen W-LAN-Zonen werden, letztlich glaube ich, sollte unser Ziel sein, auch eine flächendeckende Versorgung in Graz anzubieten. Provider sollte die Citycom werden, wir wollen aber auch Initiativen wie Funkfeuer weiter fördern. Wie gesagt, noch einmal, die Sorge, glaube ich, ist nicht so groß, weil selbst Spitäler mit dieser Technik arbeiten. Für den Fall, dass wir das über diesen Testraum hinaus tun wollen, müssen wir uns im nächsten Budget unterhalten, wie diese vergrößerte Zone dann auch finanziert werden kann (*Applaus ÖVP*).

3) Kulturdialog

GR. **Herper** stellt folgende Anfrage:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bekanntlich hat sich der Grazer Gemeinderat in seinen Sitzungen vom 13.11.2003 und 2.12.2004 mit Fragen des damals neu gegründeten Grazer Kulturbeirates sowie der öffentlichen

Durchführung einer jährlichen Sitzung in Form eines „Kulturdialogs“ auseinandergesetzt.

In einer Mitteilung des Bürgermeisters im vergangenen Dezember haben wir zur Kenntnis nehmen dürfen, dass auf Wunsch des Grazer Kulturbeirates der Kulturdialog 2006 verschoben wurde. In einer neuerlichen Mitteilung Mitte März 2007 wurde der Grazer Gemeinderat informiert, dass trotz zwischenzeitlicher Sistierung seiner Arbeit – es ging dabei um Querelen rund um das Musical „Dracula“ – der Kulturbeirat gedenkt, auch aufgrund einer gemeinsamen Klausur mit dem Kulturreferenten Ende Mai/Anfang Juni, diese öffentliche Sitzung für die Jahre 2006 und 2007 erst im Herbst dieses Jahres durchzuführen. Im darüber heute vorliegenden Informationsbericht wird nun von einer Abhaltung des Kulturdialogs Anfang November im Literaturhaus Graz gesprochen.

Abgesehen davon, dass vom Gemeinderatsbeschluss der Alljährlichkeit abgegangen wurde, wir haben das ja schließlich beschlossen hier im Haus, stellt sich nun doch die Frage, wer für Richtlinien und Evaluierung im Kulturbereich letztlich die Verantwortung trägt. Auch die knappe Nähe zum bevorstehenden Gemeinderatswahltermin scheint nicht besonders geeignet zu sein, eine ergebnisorientierte und politisch unbelastete kulturpolitische Aussprache in Graz zu ermöglichen. Ich erinnere nur, erst vor wenigen Tagen hat eine der größten Zeitungen Europas, nämlich die deutschsprachige Wochenzeitung „Die Zeit“, in einer grundsätzlichen Kulturreportage unter dem Titel „Kleinmut statt Visionen“ angemerkt, dass „Graz durchaus“ und nicht nur im Hinblick auf das Kunsthaus und viele anderen Kulturstätten „einen Ruf zu verlieren“ hat in Nachfolge von 2003.

Aus der Sicht der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du sicherstellen kannst, dass nach zweimaliger Verschiebung nun der „Grazer Kulturdialog“ wirklich noch heuer stattfindet und wenn möglich, ein Termin so rasch

als möglich nach dem Sommer gefunden wird, damit wir nicht in die Wahlkämpfe hineinkommen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Herr Klubobmann, ich bin da ganz bei dir, es schmerzt richtig, wenn eine so wesentliche Zeitung wie „Die Zeit“ anmerkt, dass es passieren könnte, unter dem Titel „Kleinmut statt Visionen“, dass wir unseren guten Ruf als Kulturstadt verlieren können. Ich ersuche alle Kräfte, alle Stadtsenatsmitglieder, wo immer in der Querschnittsmaterie auch Kultur vorkommt, dass wir uns dessen bewusst sind, dass wir einen sehr guten Ruf zu verlieren haben und dass wir auch sehr sorgsam umgehen sollten mit jenen Bauten und Projekten aus dem Kulturhauptstadtjahr, die heute zum Teil leider auch achtlos an einer Autobahn stehen oder verkauft werden oder neue Pächter etc. bekommen. Das ist nicht allein Angelegenheit des Kulturreferenten, dieser teilt mir aber mit, dass auf Wunsch des Kulturbeirates diese Sitzung Anfang November stattfinden wird, das war aber der Wunsch des Kulturbeirates, weil da alle wieder Zeit dafür haben. Das heißt, es wird noch im November heurigen Jahres dieser Kulturbeirat tagen.

Zwischenruf GR. Herper: Es wäre schön, wenn es gleich nach dem Sommer sein würde.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir würden das gerne tun, wir werden uns das auch noch einmal anschauen, das Problem ist nur, dass der Kulturbeirat selbst an uns herangetreten ist und sich diesen Termin gewünscht hat, aber wir nehmen den Wunsch einmal auf und Kollege Miedl wird schauen, ihn möglichst nach vorne zu ziehen.

4) Bezirksratsantrag Jakomini/Befangenheit von BezirksmandatarInnen

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Manchmal geschehen Dinge, die man nicht für möglich hält – zumindest nicht in unseren Breiten: Da gründet zum Beispiel ein ÖVP-Bezirksparteiobmann und gleichzeitig Bezirksvorsteher-Stellvertreter dieser Partei gemeinsam mit einer ÖVP-Bezirksrätin vor einigen Wochen einen Verein – und sucht dann per Bezirksratsantrag um Subvention aus diesem Bezirksbudget für diesen eigenen Verein an. Unter anderem, um eine ÖVP-Bezirksaktion, die vor einigen Wochen, und das scheint auch im Motivenbericht so auf, mit ÖVP-Bürgermeister Nagl und ÖVP-Stadtrat Rüschi ins Leben gerufen wurde und die nun einfach mit diesen Budgetmitteln aus dem Bezirksbudget Jakomini weiterzufinanziert werden sollte. Das Ganze ist in, wie gesagt in Jakomini geschehen und in der letzten Bezirksratssitzung am Dienstag hat nun dieser Herr Bezirksvorsteher-Stellvertreter und ÖVP-Bezirksparteiobmann Bernhard Kraxner für „seinen“ Verein, den er eben, wie gesagt, gemeinsam mit ÖVP-Bezirksrätin Evelyn Gröbelbauer gegründet hat, 3000 Euro aus dem Bezirksbudget beantragt und hätte es gerne gehabt, wenn ihm das zugewilligt und zugestanden worden wäre. Unter anderem hätte er, wie gesagt, diese besagte Aktion, die die ÖVP Jakomini vom Bezirksrat eben übernommen hat, nämlich die Vorgartenaktion, hier weiterführen wollen und weiterfinanzieren sollen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich verstehe die berechtigte Empörung im Bezirk Jakomini – denn das ohnehin „enge“ Bezirksbudget ist an sich nicht dafür gedacht, Vereine von Bezirksvorsteher-StellvertreterInnen zu finanzieren. Noch dazu, wenn der so genannte „überparteiliche und unabhängige Verein“ zwei eindeutig zurechenbare Gründungsväter und Gründungsmütter hat: Nämlich den ÖVP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter und ÖVP-Parteiobmann Bernhard Kraxner und die ÖVP-Bezirksrätin Evelyn Gröbelbauer. Und ich darf hier in dem Zusammenhang nur so ein Gedankenspiel auch einbringen in diesem Zusammenhang und zwar, wenn wir das ÖVP-Modell für Jakomini konsequent weiterverfolgen würde, gäbe es schier interessante (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), aber den Intentionen von Bezirksbudgets überaus zuwiderlaufende Möglichkeiten: Der mit

absoluter Mehrheit versehene Mariatroster Bezirksvorsteher könnte einen Verein gründen – und gleich das ganze Bezirksbudget auf dessen Konten verschieben. Anderswo wiederum, wo es Arbeitsübereinkommen gibt, müssten sich halt einige Bezirksratsmitglieder zusammenschließen und einen Verein gründen, um hier einfach Bezirksbudgetmittel auf Vereinskonten ihrer Natur zu verschieben.

Das kann nicht dem entsprechen, wofür Bezirksbudgets an und für sich eingeführt und angedacht sind. Und ich erwarte mir einfach, dass diese versuchte Moglerei und Schummlerei dazu führt, dass die beiden betroffenen und die beiden involvierten ÖVP-Politikerinnen und Politiker, nämlich der ÖVP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Kraxner und die Frau Bezirksrätin Gröbelbauer, das heute sehr oft in den Mund Genommene, die politische Moral, daraus ziehen und die Konsequenz hier walten lassen, nämlich dass sie freiwillig zurücktreten beziehungsweise von der ÖVP-Spitze, sofern sich die distanzieren von diesen Machenschaften und von diesen Vereinsgründungen zur Einholung von Budgetmitteln, eben dazu aufgefordert wird, zu einem solchen Schritt aufgefordert wird.

Unabhängig von diesen logischen personellen Konsequenzen, die an und für sich die Schlussfolgerung sein dürften und müssten, stelle ich aber an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

1. ob dir und Stadtrat Gerhard Rüscher bekannt war, auf welche Art und Weise die ÖVP-Vorgarten-Aktion in Jakomini weiterfinanziert werden sollte und
2. ob du bereit bist, die Magistratsdirektion prüfen zu lassen, inwieweit in dieser konkreten Angelegenheit durch ÖVP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Bernhard Kraxner und ÖVP-Bezirksrätin Evelyn Gröbelbauer die Grundsätze der Befangenheit beziehungsweise andere einschlägige Bestimmungen der Geschäftsordnung für die Bezirksräte beziehungsweise das Statut der Stadt Graz verletzt wurden und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind? Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Herr Gemeinderat, lieber Klaus, ehemaliger Bezirksvorsteher dieses Bezirkes, du wirst uns ja in einem Punkt auf alle Fälle Recht geben, dass es gerade im Bezirk Jakomini, aber auch in einigen anderen Grazer Stadtbezirken, vor allen im Zentrum, diese wunderbaren Vorgärten gibt und gegeben hat und dass jede Initiative zu begrüßen ist, die diese Vorgärten wieder rüchführt, teilweise rüchführt und wieder verschönert, das ist einmal ein Punkt, ich glaube, da sind wir einer Meinung. Ich bin niemals glücklich und das gilt auch für den Bezirk Jakomini und für meine Volkspartei dort, wenn diese Dinge über Vereine abgewickelt werden. Ich kann aber heute eines nicht tun, nicht die gute Absicht, die dahinter steckt, gleich wegleugnen, weil vielleicht wollten die beiden Herrschaften denn, also sowohl die Frau Gröbelbauer als auch der Herr Bezirksvorsteher Kraxner, denen das ein Riesen-Anliegen ist, einen überparteilichen Verein zustande bringen, gründen muss ihn jemand. Sie haben auch den ordnungsgemäßen Weg beschritten und sind damit offiziell in den Bezirksrat gegangen, haben sich dort auch eine Abfuhr geholt und damit würde ich einmal sagen, ist das ok. Ich begrüße niemals großartig die Vereinsgründungen von politischen Parteien, weil halt dann selbst wieder Fördergeber zu sein oder mit dabei zu sein, ist nie gut, das macht auch nie ein gutes Bild. Ich werde mir das noch einmal ganz genau anschauen, wenn es eine wirklich überparteiliche Plattform ist, würde ich auch bitten, dass dann möglichst alle beitreten, vielleicht bist du dann auch dabei, schauen wir, dass wir diese Vorgärten zustande bringen, dann wären sie gleich überparteilich (*Applaus ÖVP*). Das werden wir aber mit dem Kollegen Kraxner klären und ich werde mich bei dir melden.

GR. **Eichberger**: Ich danke dir, Herr Bürgermeister, zu diesen sehr ehrlichen Worten, dass auch du keine Freude hast und das wollte ich damit zum Ausdruck bringen, dass es, glaube ich, kein gutes Bild macht, wenn Bezirksmandatäre hier Vereine Gründen und dann auf diesem Weg, und darf dir meine Zusage geben, dass ich bei Aktionen, die die Vorgärten betreffen, und du weißt selber, dass wir in Jakomini diesbezüglich Vorkämpfer waren, aber als Bezirksrat auch meine Garantie geben, da weiterzukämpfen. Ob ich jetzt Mitglied dieses sogenannten überparteilichen Komitees, Vereins werde, also das weiß ich noch nicht, darf aber in dem Zusammenhang, und ist vielleicht nicht uninteressant, doch auch eine Eintragung in

der Homepage des ORF von heute zitieren und das sollte vielleicht auch dem Kollegen Kraxner und der Frau Gröbelbauer zu denken geben: „Wozu muss man für die Prämierung des schönsten Vorgartens einen eigenen Verein gründen, solche Aktionen sollten ja wohl von der Bezirksvorstehung beziehungsweise vom Bezirksrat organisiert werden und nicht von einer bestimmten Partei beziehungsweise von parteiabhängigen Vereinen?. Eine solche Prämierung ist ja dann auch nicht offiziell und nichts wert, wozu also? Nur zum Abkassieren).“ Ich glaube, das ist genau der Punkt, den die Bevölkerung auch so sieht und ich bitte dich auch in diesem Sinne aktiv zu werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Du weißt ja auch, dass diese ORF-Foren nicht ganz unpolitisch besetzt sind, die Frage ist aber berechtigt, man kann es entweder, du weißt da spielen sofort alle mit, nicht der ORF offiziell, sondern, ich habe gesagt, wenn es in diesen Foren drinnen war, wo sich jeder melden kann. Aber die andere Geschichte, das ist mir schon wichtig, die Initiative begrüße ich, ob er es überparteilich machen will, bist dann herzlich eingeladen, da muss er zu seinem Wort stehen, du wärst sicherlich auch ein wunderbarer Obmannstellvertreter oder ein Kassier in unserem Verein, das müssten wir uns dann noch anschauen, aber...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Nein, so einen Proporzverein wollen wir nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...was ganz wichtig ist, ich war ja auch dort und ich muss ganz ehrlich sagen, die zwei Vorgärten, die zwei Familien, die sich um diese Vorgärten gekümmert haben, vor allem die eine, die gesagt hat, wir verzichten wieder auch bei einer Riesenhausgemeinschaft auf die Parkplätze und wir führen rück, die haben sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen, weil es ging um die komplette gärtnerische Gestaltung, es ging um das Wiedererrichten vom Zaun usw. mit Schmiedeeisenarbeiten, das kostet viel Geld und dabei gilt es zu unterstützen. Das

kann der Bezirksrat im Übrigen auch unmittelbar, aber wenn es eine überparteiliche Plattform wird, die unter Umständen auch zusätzlich Gelder auftreiben kann, dann soll dem nichts im Wege stehen. Also ich werde sehr dafür plädieren, dass wir dich in diesen Verein einmal aufnehmen und dann schauen wir einmal an, ob er sich überparteilich weiterentwickelt und dann kann man auch wieder einmal einen Antrag stellen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Eine Anmerkung, sehr geehrter Herr Bürgermeister, weil du dieses Beispiel der Rückführung dieses Heimgartens so positiv erwähnt hast, damals zu meiner Zeit als Bezirksvorsteher haben wir genau für diese konkrete Rückforderung 7000 Euro aus dem Bezirksbudget, aber als Initiative des Bezirksrates, getragen von allen fünf Fraktionen, durchgeführt und mussten damals nicht einen eigenen Verein gründen, um wirklich hier aktiv zu sein und diesen Heimgarten ins Leben zu rufen. Dass jetzt die ÖVP auf einmal nach fünf Jahren draufkommt, dass damals der Bezirksrat eine hervorragende Aktion geleistet hat und jetzt diesen Heimgärtner dafür auszeichnet, dass er vor fünf Jahren diesen Vorgarten durch Initiative und mit finanzieller Unterstützung durch den Bezirksrat getätigt hat, ist natürlich wieder eine eigene Geschichte. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, auch damit wir nicht richtig langweilig werden, aber eine Geschichte dazu auch noch. Vor fünf Jahren habe ich als Finanzreferent eigentlich schon vor acht Jahren, mich sehr bemüht, dass diese Bezirksbudgets damals verdoppelt worden sind und hinaufgegangen sind. Wir haben diese Bezirksbudgets in den letzten Jahren sehr zurückgeschraubt, deswegen sind heute 7000 Euro aus dem Bezirksbudget fast nicht mehr möglich, obwohl Jakomini zu den, oder der größte Bezirks in unserer Stadt ist. Aber wie gesagt, soviel Geld ist nicht mehr drinnen, aber grundsätzlich, und ich glaube, das war die Hauptanfrage, es ist gescheit, so etwas direkt über den Bezirk zu machen und wenn überparteilich, dann muss es jetzt auch zugestehen und dann können bitte auch alle beitreten. Und wenn das passiert ist, dann kann man wieder einen Antrag stellen und ich bin mir sicher,

dass er dann auch im Bezirksrat durchgehen würde, aber da müssen viele Menschen einmal beitreten (*Applaus ÖVP*).

5) Günstigere Grüne Zonen-Tarife für HeimgärtnerInnen

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, aber ihr werdet mich heute vielleicht doch auch noch ein drittes/viertes Mal vielleicht hier heraußen finden. Wenn man arbeitet, muss man das auch kundtun, das ist das Ganze. Es geht also um günstigere Tarife in den Grünen Zonen für Heimgärtnerinnen und Heimgärtner. Mit 4. Juni dieses Jahres wurde bekanntlich in Graz mit der Einrichtung von „Grünen Zonen“ begonnen. Übrigens eine Initiative und eine verkehrspolitische Maßnahme, die wir auch von unserer Fraktion immer gutgeheißen haben, also es geht nicht um eine Kritik an der Installierung dieser Grünen Zonen, sondern um diverse kleinere Adaptierungen beziehungsweise Verbesserungsvorschläge, das gleich vorweg, damit niemand aus der ÖVP schon wieder Sorge hat, dass man da den politischen Referenten vielleicht hier damit belästigt. In einer ersten Etappe, ehe die Evaluierungen anlaufen, sind insgesamt sieben solcher „Grünen Zonen“ vorgesehen, in denen Bewohner/Bewohnerinnen, Unternehmerinnen und Unternehmer und Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen zu vergünstigten Tarifen parken können, nämlich um vier Euro pro Monat.

Leider wurde jedoch, was diese Vergünstigungen betrifft, auf eine Bevölkerungsgruppe, aus unserer Sicht, vergessen: auf die Heimgärtnerinnen und Heimgärtner. Diese müssen, sofern ihre Heimgärten im Bereich der „Grünen Zonen“ liegen, für das Parken 60 Cent pro Stunde bezahlen, was natürlich schon ein bisschen einen Unterschied macht zu vier Euro pro Monat, denn sie fallen nicht unter die Kategorie Bewohner oder der sonstigen Privilegierten, die in den Genuss dieser günstigen Tarife kommen. Und das, obwohl ihre Heimgärten, für die sie Pachtverträge haben, quasi fast einen zweiten Wohnsitz darstellen (*Bürgermeister*

Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke). Vor allem aber ist zu bedenken, dass Heimgärten für viele Grazerinnen und Grazer der Ort der wichtigste Erholung, die grüne Oase darstellen und dass es sich bei HeimgärtnerInnen nicht um Menschen handelt, die über derartige finanziellen Rückhalte verfügen, dass sie sich Villen leisten können oder sich einen Grünraum mit einem Eigenheim hier schaffen können.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, auf den zuständigen Ressortverantwortlichen einzuwirken, damit auch die Heimgärtner und Heimgärtnerinnen in jenen Bereichen, in denen Heimgärten in Grünen Zonen liegen, in den Genuss dieser ermäßigten Parktarife kommen. Allein in Jakomini beträfe diese Maßnahme zwei Heimgärten, vorerst einmal Heimgartenverein Fröhlich und Heimgartenverein Flurgasse. Ich weiß nicht, inwieweit auch in anderen Bezirken möglicherweise Heimgärtnerinnen und Heimgärtner von dieser Regelung betroffen wären.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt habe ich eine Riesenbitte an alle, die im Raum sind. Ich habe jetzt ganz bewusst einmal den Lärmpegel kurz aufgezeigt und genossen, aber irgendwie macht es auf Dauer weder für die Damen und Herren, die zuhören wollen, noch für die Berichterstatterinnen und Berichterstatter Spaß, da herinnen brummt es mehr als in einem Bienenhaus und wer was zu sagen hat, ist bitte am Rednerpult am Wort, alle anderen mögen bitte wirklich hinausgehen und draußen ihre Verhandlungen führen.

Die günstigeren Grünen-Zonen-Tarife ist natürlich ein Kapitel, das wir im Zuge unserer Regierungsverhandlungen durchaus bei unterschiedlichen Zielgruppen abgeworfen haben. Wir haben unter anderem auch dringend ersucht als Volkspartei, dass wir vor allem die Abendstunde zwischen 19.00 und 20.00 Uhr nicht generell einführen sollen, was dann leider auch nicht möglich war, weil hier auch sehr viele Menschen betroffen sein werden, das wird die nächste Gruppe sein, die zum Beispiel

am Abend auch noch zu ihren Eltern fahren nach der Arbeit, um die Eltern zu pflegen und dort zu sein, auch da gibt es schon Anfragen, und sagen, jetzt muss ich extra dann, weil ich meine Mutter oder meinen Vater pflegen muss, um einen Euro mich wieder hinstellen und dafür Gebühr entrichten. Das heißt, wir müssen hier sowieso evaluieren, wir haben schon die Anfragen und die Bitten am Tisch, wie denn das jetzt ausschaut, auch mit Mitarbeitern beim Roten Kreuz, mit Mitarbeitern bei der Polizei, das werden wir wahrscheinlich auch beide am Tisch haben, da müssen wir uns einiges einfallen lassen, weil es einfach jetzt eine Zielgruppe trifft, die wir eigentlich so nicht treffen wollten mit dem Verdrängen der Zonen. Aber es ist auch ganz schwer, hier gerecht zu sein. Also wir werden uns dieses Thema noch einmal anschauen, es betrifft, wie gesagt, nicht nur HeimgärtnerInnen, es ist ein Thema, es gibt so viele Gruppen, die jetzt betroffen sind, das müssen wir uns nach Einführung der Grünen Zonen ein bisschen evaluieren und schauen, wo sind die größten Probleme und dann werden wir helfen. Wir werden das überprüfen (*Applaus ÖVP*).

6) Unbeantwortete Anfragen

GRin. **Zeiler** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Zeiler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Vor mittlerweile über einem Jahr, im April 2006, bat ich Sie, mir mitzuteilen, ob Gastgärten auf öffentlichem Grund, welche nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 3 Gewerbeordnung betrieben werden, auch einer gewerberechtlichen Genehmigungspflicht nach § 74 Gewerbeordnung unterliegen oder ob für den Betrieb eines Gastgartens auf öffentlichem Gut vom Betreiber lediglich eine straßenrechtliche Bewilligung vom Straßenamt erforderlich ist.

Ebenso bat ich Sie, mir bitte jene gesetzliche Bestimmung zu nennen, auf Grund welcher die erforderlichen Abräumarbeiten in Gastgärten im unmittelbaren Anschluss nach dem Ende der täglichen Offenhaltezeit erfolgen dürfen.

Auf beide Fragen erhielt ich bis jetzt keine Antwort. Es wurde von unserem Klub auch urgirt am 16. 11., weiterhin habe ich nichts gehört. Ebenso wenig habe ich eine Antwort erhalten auf meinen Antrag betreffend Erhebungs- und Ermittlungsverfahren bei Gastgärten. Die Dringlichkeit wurde seinerzeit mit dem Hinweis, dass schon am nächsten Tag eine Arbeitsbesprechung sei, nicht zuerkannt. Etwa zwei Monate nach meiner Antragstellung wurde eine Verordnung zu den Öffnungszeiten von Gastgärten erlassen, die in keiner Weise auf die ungeklärten rechtlichen Fragen einging, die eben auch bis heute unbeantwortet geblieben sind. Etwas irritiert war ich über ein Schreiben im März diesen Jahres, dass mir als „Zusatzinformation“ mitteilte, wo ich nie eine Information bekommen habe, „dass der Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz eine diesbezügliche Verordnung, eben diese Verordnung, für die Öffnungszeiten für Gastgärten bereits beschlossen hat.“ Wohlgermerkt: Ein knappes Jahr nach Erlassung der Verordnung. Und ganz so als hätte ich den Antrag nach Erlassung der Verordnung gestellt, das war natürlich vorher.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, folgende

A n f r a g e ,

diesmal etwas anders formuliert, nachdem die bisherigen Urganzen kein Ergebnis gezeitigt haben. Welche Vorgangsweise schlagen Sie mir vor, damit ich Antworten auf meine Fragen bekomme? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Sie haben das fast emotionslos vorgetragen, obwohl Sie allen Grund hätten, verärgert zu sein. Ich bin es auch, wir müssen schauen, dass diese Antworten kommen, erkundigt habe ich mich jetzt zwischenzeitig. Zwei Antworten mit der Geschäftszahl 669/07 und 670/07 werden in dieser Woche oder nächste Woche an Sie unterwegs sein, aber es ist natürlich in keinster Weise in Ordnung, dass die Fragen so lange nicht beantwortet sind und wir werden schauen, dass wir das auch dementsprechend nachprüfen, woran das gelegen hat. Aber ich beantworte die Frage jetzt nicht offiziell, weil sonst ist sie

wieder beantwortet, das heißt sie wird jetzt geschäftsordnungsgemäß behandelt werden.

GRin **Zeiler**: Es ist sehr schön, wenn das so ist, und ich bin sehr gespannt, weil gerade eben ein häufiges Argument ist auch eben bei dringlichen Anträgen, dass ja eh schon daran gearbeitet wird, es ist eh schon eine Sitzung schon morgen usw. und dann passiert nichts und deswegen bin ich umso mehr gespannt, ob die Antworten diesmal kommen und ob es natürlich jetzt auch für die vielen, die Sie eh schon erwähnt haben, auch vielen anderen Fragen auch von anderen Klubs in Zukunft endlich die schriftlichen ausständigen Antworten gibt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal zum Prozedere. Im Präsidialamt werden sie gesammelt, sie werden an die Abteilungen geschickt, die Abteilungen geben Antworten, wenn die in Ordnung sind und richtig sind, vom Inhalt her geprüft sind, dann gehen sie noch einmal an Sie, ich hoffe, dass das jetzt nächste Woche passiert. Ich gehe davon aus.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Erhalt der Bäume in der Justizanstalt Karlau

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Justizanstalt Karlau soll umgebaut werden. Aus diesem Grund

sind drei Bäume im Eingangsbereich in Gefahr. Sie sind über 30 Jahre alt und da zwei von ihnen exotischer Herkunft sind, nämlich chinesische Blauglockenbäume, sind sie besonders schützenswert. In diesem Zusammenhang bin ich ersucht worden, den Protest der GLB-Exekutive-Sektion Justizwache aufzugreifen und das Problem auch im Gemeinderat einzubringen.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen anzuweisen, entsprechend der Baumschutzverordnung den Erhalt der Bäume zu sichern? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Begrüße auch unsere ehemalige Kollegin aus dem Gemeinderat, Frau Gemeinderätin Pendl außer Dienst, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

8) Brunnen am St. Peter Bauernmarkt

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Ist es egal, mit welcher ich beginne, zwei habe ich. Dann beginne ich mit einer Anfrage an Sie, die so ein bisschen ähnlich ist wie die vom Herrn Kollegen Eichberger und da geht es um den Bezirk St. Peter. Die Sache ist zwar ein bisschen anders, aber auch nicht unpikant, nämlich anlässlich einer Benefizveranstaltung vor einigen Jahren, so wurde mir berichtet, hat die Stadt Graz einen Brunnen ersteigert und diesen Brunnen dem Bezirk St. Peter geschenkt. Dieser Bezirk hat dann lange

gesucht nach einem geeigneten Standort, wo dieser Brunnen passen sollte. Da ist lange nichts gefunden worden und jetzt fand man aber eine Möglichkeit, nämlich anlässlich der 6er-Verlängerung ist ja auch der Bauernmarkt erneuert worden und prompt da passt natürlich jetzt ein schöner Brunnen hinein. Jetzt hat St. Peter, also der Bezirksvorstand wollte also diesen Brunnen aufstellen, aber den Brunnen gab es nicht mehr, denn der Brunnen, so wurde mir gesagt, wurde vom Herrn Bürgermeister mittlerweile großzügigerweise an Liebenau verschenkt. Wenn es stimmt, Sie werden sich schon wehren. So habe ich erzählt bekommen, also Liebenau erfreut sich nun eines Brunnens, der eigentlich St. Peter gehört hätte. Nun St. Peter gibt nicht gleich auf, wie wir wissen auch vom langen 6er und es wurde dann sozusagen ein Künstler beauftragt, der einen Brunnen machen soll, das ist auch mittlerweile geschehen und mittlerweile steht dieser Brunnen am Bauernmarkt, hat aber jede Menge Geld gekostet. Und das ist jetzt das große Dilemma, nämlich erstens war es so, dass bei der Einweihung des Brunnens nur der Herr Bezirksvorsteher reden durfte, als sei das sozusagen eine ÖVP-Veranstaltung, die SPÖ-Fraktion und die Grünen durften nicht reden und der Herr Schröttner hat dort gemeint, also er ist der Bezirksvorsteher, was stimmt, er vertritt den Bezirk nach außen, das stimmt auch und wer redet, das bestimmt immer noch er, das stimmt nicht. Also ich meine, er hat das zwar gesagt, aber so stimmen tut es nicht und jetzt ist es so wieder, um den Ernst der Situation für den Bezirk St. Peter transparent zu machen, der Brunnen kostet weit mehr als 20.000 Euro. Ich meine, da sind nicht einmal die laufenden Kosten dabei und St. Peter hat ein Budget von 8.000 Euro im Jahr und jetzt muss der Bezirk den Brunnen, jetzt könnte ich wieder von vorne anfangen, tu ich nicht, jetzt muss der Bezirk den Brunnen bezahlen und jetzt frage ich Sie, ob Sie so großzügig sein können, eine Möglichkeit zu finden, dass dieser Brunnen eben nicht von St. Peter finanziert werden muss.

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Klubobfrau! Wie Sie wissen, liebe ich Brunnen und ich hätte am liebsten in jedem Bezirk mehr Brunnen als nur einen Brunnen und diesen einen Brunnen, den wir schon in der letzten Stadtregierung bei, glaube ich, einem guten Zweck, Licht ins Dunkel, es war damals die Frau Stadträtin Rossmann, die sehr großzügig zugesagt hat, dass bei dieser Sackstraßeninitiative für Licht ins Dunkel die

Stadt Graz hier einspringen wird, haben wir diesen Brunnen gekauft. Er ist lange herumgestanden, ich erinnere mich jetzt nicht mehr ganz genau, wer zuerst den Anspruch drauf gestellt hat, ob Liebenau oder St. Peter, aber der Liebenau-Brunnen ist jetzt vor der Kirche in Liebenau, glaube ich, im vergangenen Jahr schon aufgestellt worden, er hat ein tolles Platzl gekriegt, er schaut wirklich gut aus, es ist wunderbar der gesamte Vorplatz gestaltet worden und die Errichtung eines Brunnens kostet wirklich mehr Geld, als man so sich einmal schnell vorstellt. Die ganzen Zuleitungen und, und, und, frostsicher sollen die Dinge sein. Jetzt ist vor einer Woche dieser, am Samstag in St. Peter am Bauernmarkt, dieser Brunnen eröffnet worden, kann man wirklich auch nur gratulieren, das Ganze kriegt jetzt ein Gesicht, wie Sie wissen, haben wir damals nicht nur das Pfadfinderheim saniert und hergerichtet, das ehemals bemalte Haus, dafür mussten wir ja einen Teil damals wegreißen, das war nicht einfach, weil ja auch die Gegnerschaft in St. Peter mit dem 6er da war und wir da lange hin- und hergetan haben, Faktum war dann, wir haben es geschafft, das Haus ist umgebaut, die Pfadfinder sind glücklich, wir haben eine bessere Marktsituation, weil die Marktbesicker dort sind, sich waschen können und vieles mehr, dann wurde der Marktplatz erweitert und wiederhergestellt, die Umbauarbeiten für den 6er sind im Laufen und es schaut eigentlich auch gut aus und jetzt gibt es auch für die Marktstandler, die dort sehr stark sich engagieren mit dem ganzen Biobauernmarkt auch in der Mitte diesen Brunnen, ich glaube der Künstler heißt Neuhold, wenn mich nicht alles täuscht und es ist ein gelungenes Werk, ich bin ordentlich getauft worden, ich war für 20 Minuten in etwa dort, die Brunnenfontäne ist vier Meter aufgestiegen, bis sie sich beruhigt hat, war ich patschnass und auch der Herr, der für den Betrieb dieses Brunnens jetzt zuständig ist, es wurden viele Sponsoren gefunden, denen wurde auch gedankt und hätte ich einen Bezirksmandatar gesehen, ich hätte dort jeden gerne reden lassen, die Leute haben nebenbei ja fest eingekauft, es war eigentlich ein bisschen eine Volksfeststimmung und ich hoffe, dass die Kosten auch zusammenkommen werden, aber es wurde jetzt unter Beteiligung von sehr, sehr vielen Sponsoren, die auch dort bedankt worden sind, wie zum Beispiel das metallverarbeitende Unternehmen in St. Peter, der Name fällt mir gerade nicht gleich ein, da haben viele mit angepackt, es ist sicherlich noch was offen, aber ich denke mir, dass es da eine Bezirksanfrage geben soll, ich weiß nicht, welchen Finanzierungsplan sie zugrunde gelegt haben, aber das werden wir im

Gemeinderat schwer tun, können wir über den Bezirksrat wahrscheinlich besser die Anfrage stellen.

GRin. **Binder**: Heißt das, dass Sie sehr wohl bereit sind, hier finanziell unterstützend den Bezirk zu entlasten, weil es sind jetzt mit all diesen Sponsoren, gibt es trotzdem noch über 20.000 Euro, die offen sind.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also bislang waren sie noch nicht bei mir, wenn das stimmen sollte, werden sie sich sicherlich bei mir melden, aber ich frage auch sicherheitshalber einmal nach.

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die ganze Geschichte jetzt doch auch etwas Humorvolles diesen Nachmittag beigetragen hat, stelle ich mir trotzdem die Frage, wie kann ein teurer Brunnen, weil 20.000 Euro, die jetzt noch offen sind, wenn ich dich richtig verstanden habe, das heißt, der Brunnen hat in Summe mehr gekostet, wie kann der bestellt werden, ohne dass vorher die Finanzierung gesichert ist? (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Da bin ich ja bei Ihnen, ich kann nur heute über keine Zahlen Auskunft geben, weil ich es nicht weiß, ich wurde eingeladen zur Eröffnung, habe ein paar Grußworte gesprochen, freue mich, dass er sprudelt, funktioniert und dass er gut aussieht und alles andere müssen wir im Bezirksrat klären. Ich kann, wie gesagt, hier von dieser Stelle aus nicht mehr tun.

9) Antidiskriminierung

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Eine ganz andere Geschichte. Graz ist ja, ich glaube, es war ungefähr vor einem Jahr, der internationalen Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten und Graz möchte in dieser internationalen Städtekoalition auch eine hervorragende Rolle spielen. Die Städtekoalition hat ja sich Ziele gesetzt und diese Ziele, die die Städtekoalition sich setzt, müssen ja auch vollzogen werden, das ist ja auch der Sinn dieser Koalition. Zum Beispiel eben das Ziel, in den Städten mit großer Wachsamkeit die Ursachen von Rassismus zu erforschen oder von Rassismus betroffene Menschen zu ermächtigen, sich mit rechtlichen Mitteln zur Wehr zu setzen oder Konfliktmediation bereitzustellen und rassistische Straftaten wirksam rechtlich zu bekämpfen.

Nun ist es aber so, dass in letzter Zeit eine Partei immer tiefer greift und immer massivere für Menschen demütigende, verletzende Angriffe startet, die ich hier überhaupt nicht nennen möchte, aber ich glaube, wir wissen alle, von welcher Partei hier die Rede ist. In der letzten Gemeinderatssitzung haben Sie auf unsere Anfrage hin zugesagt überprüfen zu wollen, inwieweit eine Streichung der Parteienförderung für wahlwerbende Parteien, welche die Kriterien der Menschenrechtstadt und der Internationalen Städtekoalition missachten, rechtbar machen können.

Und daher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine

A n f r a g e

an Sie:

- Wie weit sind Sie in ihren Bemühungen diesbezüglich bis heute gekommen?
- Sind Sie bereit, die nächste Ausgabe der BürgerInneninformation Graz in Zusammenarbeit mit allen in diesem Gemeinderat vertretenen Fraktionen - mit Ausnahme der FPÖ – ausschließlich dem Thema Antirassismus zu

widmen und so auch ein starkes Zeichen für Integration, Respekt und Schutz der Würde der Menschen zu setzen oder

- in einer gemeinsamen Pressekonferenz aller im Gemeinderat vertretenen Parteien – mit Ausnahme der FPÖ – den gemeinsamen Willen der Stadt Graz im Hinblick auf einen fairen Wahlkampf kundzutun?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Das werden wir beim eigenen Termin klären, auf Grund der vielen Reaktionen wird ein eigener Termin kommen, wo ich alle Fraktionen einladen werde, über dieses Fairnessabkommen zu sprechen, wie wir das das letzte mal schon andiskutiert haben; auf Grund der gewaltigen Tagesordnung und der vielen Termine jetzt im Juni bin ich leider noch nicht dazugekommen, den Termin auch zu schaffen, aber ich hoffe, dass wir es jetzt noch vor der Sommerpause hinkriegen und werde mich nächste Woche bei allen Fraktionen melden, es wird nicht leicht sein, aber dass zumindest alle Klubobleute oder Parteioobleute Zeit haben, da dazuzukommen und ich kann mir auch vorstellen, einen Schwerpunkt zu machen.

GRin. **Binder**: Eine gemeinsame Pressekonferenz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber das soll eine gemeinsame Geschichte sein, wo wir eine Art Fairnessabkommen für diesen Wahlkampf uns überlegen, es gibt da noch ein paar andere Dinge, die offen sind und da hoffe ich, dass wir den Termin noch gemeinsam schaffen, jetzt bevor noch alle in den Urlaub gehen.

10) Vorbereitung auf die Gemeinderatssitzung

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin heute am Vormittag insbesondere im Bereich der Finanzausschussmitglieder schon sehr vielen demoralisierten Kolleginnen und Kollegen begegnet angesichts der Dimension und Ausmaße und auch chaotischen Erlebnisse, wie wir sehr überlastet und alle erlebt haben, dass wir einfach zu viele Stücke, zu viele wichtige Stücke, zu lange mit drei Nachträgen, bis gestern Abend erhalten haben. Aus unserer Sicht ist eine seriöse Vorbereitung auf die Gemeinderatssitzungen und Ausschüsse in den letzten Monaten durch kurzfristiges und hektisches Einlangen immer schwieriger geworden und die unübersichtliche Versendung der Unterlagen und Termininformationen an oft unterschiedliche VerteilerInnen per E-Mail tut das ihre dazu.

Was dazukommt ist, dass die Dichte der Entscheidungen dadurch gestiegen ist, dass ja zwei Gemeinderatssitzungen im Jahr abgeschafft wurden. Und dann ist es für uns schon ein bisschen grotesk, wenn dann kurz vor dieser Sitzung, wo so absehbar, wie elendlang die Tagesordnung wird, an uns herangetreten wird von den Regierungsfractionen, wir sollten doch verzichten auf dringliche Anträge, maximal einen stellen und gleichzeitig dann heute wieder zu sehen, dass die Regierungsparteien selbst Anträge stellen und Anfragen stellen, die eigentlich Regierungsarbeiten wären und nicht hier im Gemeinderat Not wären, gestellt werden, aber es ist halt Wahlkampf. Das heißt, damit wird wieder blockiert, was bleibt sind weit reichende und finanziell bedeutsame Gemeinderatsbeschlüsse, die wir dann wieder in einem Eiltempo durch den Ausschuss gejagt haben und letztendlich dann im Block abstimmen. Das ist eigentlich demokratiepolitisch auf Dauer nicht vertretbar und auch als Gemeinderätin kann ich dem eigentlich nicht mehr folgen, weil ich das Gefühl habe, für eine qualitätsvolle Entscheidung als Gemeinderätin im immerhin höchsten Gremium der Stadt brauche ich persönlich, und ich glaube, das geht es mir nicht alleine so, ich glaube, da spreche ich für viele da herinnen, eine andere Möglichkeit der Vorbereitung, weil sonst kann ich mir nicht mehr vorstellen, gute Entscheidungen treffen zu können.

Deswegen stelle ich an Sie, die

A n f r a g e ,

Herr Bürgermeister: Sind Sie als Bürgermeister mit dem derzeitigen Ablauf der Vorbereitungen auf die Gemeinderatssitzungen zufrieden und wenn nicht,

- was werden Sie verändern, um hinkünftig gute und qualitätsvolle Entscheidungen im Gemeinderat zu gewährleisten?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, danke Frau Gemeinderätin, demokratiepolitisch sind unsere derzeitigen Sitzungen, weil ich habe ganz bewusst vorgeschlagen, und der Gemeinderat hat demokratiepolitisch drüber abgestimmt, einstimmig, dass wir diese Gemeinderatssitzung so timen, wie wir sie im heurigen Jahr getimet haben. Ich habe nur eins erlebt, auch wenn eine oder zwei Sitzungen im Jahr mehr sind, dass immer die Sitzungen, bevor sie in die Pause geht, besonders belastende Sitzungen sind und ich halte das genauso, wie Sie es gesagt haben, für fast nicht mehr verarbeitbar, nämlich weder für die Damen und Herren in den Abteilungen, aber auch schon gar nicht mehr in der kurzen Frist alle Stücke durchzulesen. Wenn ich nur an den Finanzausschuss denke und ich habe auch einige Jahre darunter gelitten, dass man mir im Ausschuss immer gesagt hat, können wir die Stücke nicht früher haben. Wir werden uns in der nächsten Periode wirklich noch einmal ernsthaft drüber unterhalten müssen, wie viele Gemeinderatssitzungen wir abhalten und welche Fristen wir dann aber auch wirklich letztendlich akzeptieren und dann muss wirklich aus sein. Aber es ist halt relativ schwer, es kommt vieles so spät, ich könnte knallhart sagen, als Bürgermeister setze ich nicht mehr auf die Tagesordnung, auf der anderen Seite wollen wir immer haben, dass sich auch was bewegt und was weitergeht und in dem Dilemma sind wir. Aber ich glaube, rauskommen werden wir nur, wenn wir alle sehr diszipliniert arbeiten, Punkt a und Punkt b, wenn es man vielleicht auch die eine oder andere Sitzung wieder mehr abhalten, wenn so viele Stücke gibt. Werden wir dann das nächste Mal so beschließen müssen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Das heißt, da wird es heuer noch, also vor der Wahl richtige Schritte in diese Richtung gehen, dass auch mal konsequenter damit umgegangen wird, weil die Ankündigung, dass es Termine gibt und dass Fristen einzuhalten sind, die gibt es ja schon länger, aber das funktioniert offensichtlich nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es funktioniert schon, wenn ich sage ok, jetzt gibt es keine Nachträge mehr. Aber wie gesagt, es ist halt meistens so, dass doch von so vielen Seiten darum gebeten wird, dass wir das doch noch behandeln und letzten Endes ist es halt dann die Geschwindigkeit des Magistrates in Summe, auch der Politik, und dann haben wir uns halt immer wieder doch überreden lassen, dass wir in den sauren Apfel beißen und halt dieses Konvolut von Gemeinderatsstücken durcharbeiten. Ich habe es nur, wie gesagt, auch wenn wir 12 Sitzungen gehabt haben, also um zwei mehr, auch immer so erlebt, dass die Weihnachtssitzung oder die vor der Sommerpause die Sitzung extrem intensiv war.

GRin. **Rücker**: Die Konsequenz liegt in Ihrer Hand eigentlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Konsequenz liegt daran, aber wie gesagt, dann heißt es auch von vielen Seiten, das bin nicht nur ich, sondern dann heißt es, beim Magistrat generell gibt es nicht schnell genug die Entscheidungen. Also, ich glaube, die beste Chance ist, wir können uns ja auch freuen, ich meine, das, was heute im Gemeinderat beschlossen werden soll, das ist eine Riesenleistung des Magistrates, ist eine Riesenleistung der Stadt Graz, da können wir stolz drauf sein. Wenn es so weitergeht, müssen wir auch wieder ausweiten und ich glaube, das ist die beste Chance, da gibt es einfach eine Sitzung oder zwei Sitzungen mehr (*Applaus ÖVP*).

11) Fahrrad-Check

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In Anbetracht der großen Tagesordnung werde ich es auch kurz machen und werde gleich einsteigen.

Die Technische Universität Graz hat eine sehr gute und nachahmenswerte Initiative gesetzt. Allen Bediensteten wurde ein Fahrrad-Check kostenlos angeboten. Ein Viertel der gesamten Belegschaft, zirka 400 Mitarbeiter, nutzte dieses Angebot, um das Fahrrad überprüfen und gegebenenfalls in Stand setzen zu lassen. Ein funktionstüchtiges Fahrrad stellt einen großen Anreiz dar, um mit diesem auch den täglichen Weg zur Arbeit zu nehmen. Als verantwortungsvolle Kommunalverwaltung sollte der Magistrat Graz, der an die 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, meines Erachtens diesem Beispiel folgen und ebenfalls einen Fahrrad-Check anbieten. Die Umwelt und die Gesundheit unserer Mitarbeiter sollten uns diese Investition allemal wert sein.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, überprüfen zu lassen, ob und wenn ja, in welcher Art und Weise ein solcher Fahrrad-Check für die Bediensteten des Magistrates Graz durchgeführt werden könnte?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Familienallianz

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Meine mündliche Anfrage betrifft die Familienambulanz. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Vom Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend wurde die sogenannte Familienallianz ins Leben gerufen. Die Familie & Beruf Management GmbH, wie sie heißt, bietet viele Leistungen für Unternehmen, Gemeinden und innovative Kinderbetreuungseinrichtungen an. Eine der wichtigsten Herausforderungen für die österreichische Familienpolitik, aber auch für die österreichische Wirtschaft ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Da gibt es ein Audit, Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde, das ist ein spezifisches Angebot an österreichische Gemeinden mit dem Ziel, familien- und kinderfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde zu erkennen und weitere zu forcieren. Im Rahmen eines strukturierten Prozesses, an dem alle relevanten Personen und Organisationen teilnehmen, wird ein Status quo an familien- und kinderfreundlichen Maßnahmen der Region erhoben.

Daraufhin wird ein Maßnahmenkatalog zur Ausweitung der bestehenden Aktivitäten und Verbesserung der Rahmenbedingungen erstellt. Die gesetzten Ziele sind innerhalb von drei Jahren umzusetzen. Nach Abschluss dieses Prozesses erfolgt eine externe Begutachtung, durch welche die Richtigkeit des Verfahrens und die Qualität der vorgenommenen Ziele überprüft werden.

Die teilnehmende Gemeinde wird nach abgeschlossener Auditierung vom Bundesministerium ausgezeichnet.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e ,

ob Sie dazu bereit sind zu veranlassen, dass die Stadt Graz als familien- und kinderfreundliche Gemeinde an dieser Auditierung teilnimmt? (*Applaus FPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen
Behandlung zugewiesen.*